



AUSGABE 03/2022 – 01. APRIL



GÜNTER RUDOLPH

Fraktionsvorsitzender

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

der russische Staatspräsident Putin hat Europa und die Welt mit seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine sicherheits-, energie- und wirtschaftspolitisch in die Krise gestürzt – eine Krise, die auch die hessische Landespolitik und unsere Kommunen massiv berührt.

Der Landtag hat in dieser Woche darüber debattiert, wie Hessen auf die Folgen des Ukraine-Kriegs reagieren kann und reagieren muss. Denn die Probleme sind vielfältig und groß: Von der Unterbringung und Versorgung derer, die vor dem Krieg fliehen mussten, über die explodierenden Energiepreise bis hin zur Frage, ob und wie die Versorgung mit bestimmten Nahrungsmitteln, mit Gas, Benzin und Diesel sichergestellt werden kann.

In der Analyse der Lage waren sich die demokratischen Fraktionen im Landtag weitgehend einig:

Wir werden diese schwierige Zeit nur dann gut bestehen, wenn wir solidarisch, klug und gut überlegt handeln. Allerdings gibt es in den Auffassungen darüber, was solidarisch, klug und gut überlegt ist, deutliche Unterschiede.

Meine Fraktion jedenfalls ist entschlossen, in der Krise auf die Gemeinsamkeit der Demokraten zu setzen. Die Antwort auf einen Krieg mitten in Europa, dessen Auswirkungen für jeden einzelnen von uns deutlich spürbar sind, kann nicht darin liegen, nach dem eigenen parteipolitischen Vorteil zu suchen. Die Antwort kann nur sein, zusammenzustehen und dem russischen Aggressor deutlich zu machen, dass wir für die Werte der freiheitlichen Demokratie einstehen, für den Frieden und für die internationale Solidarität – so, wie es die Sozialdemokratie seit beinahe 160 Jahren vorlebt.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Günter Rudolph



DER KITT UNSERER GESELLSCHAFT

REGIERUNGSERKLÄRUNG



Günter Rudolph dankte in seiner Rede zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten den vielen Menschen in Hessen, die sich ehrenamtlich oder hauptberuflich in der Hilfe für die Geflüchteten aus der Ukraine engagieren. In seiner Antwort auf die Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag betonte, dass die Hilfe ein überwältigendes Dokument der gelebten Solidarität und Mit-

menschlichkeit sei. „Es ist ein gutes Zeichen für Europa, dass den Geflüchteten überall große Solidarität und Hilfe entgegengebracht werden“, konstatierte Rudolph. Die Aufnahme der Geflüchteten aus der Ukraine stelle Deutschland und Hessen vor große Herausforderungen. Ein Teil der staatlichen Hilfe basiere derzeit auf Improvisation und Flexibilität. „Aber wie sollte es auch anders sein in Zeiten des Krieges? Der deutsche Staat hat in der jüngsten Vergangenheit bewiesen, dass er am Ende in der Lage ist, auch schwierigste Herausforderungen gut zu meistern. Das gilt insbesondere für unsere Kommunen, deren Verantwortlichen ich ganz besonders für das außerordentliche Engagement danke, und für die Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeiter der Hilfsorganisationen, der Feuerwehren, des Technischen Hilfswerks und den vielen anderen, deren Arbeit der Kitt ist, der unsere Gesellschaft und Demokratie zusammenhält.“ Der Krieg habe für die ganze Welt deutliche Konsequenzen: „Putins Angriffskrieg hat die Sicherheitsarchitektur in Europa zertrümmert und macht den Nachholbedarf bei den Investitionen in unsere militärische Sicherheit deutlich. Die berechtigten Wirtschaftssanktionen gegen Putins Russland, die wahrscheinlich noch verschärft werden müssen, führen zu steigenden Energiepreisen, zu wirtschaftlichen Einbrüchen und zu sozialen Problemen, die einzudämmen sich die Bundesregierung dankenswerter Weise mit einem hohen Aufwand bemüht“, so Rudolph.

CHANCENGLEICHHEIT ERMÖGLICHEN

„Die Zeit für die Umsetzung des Rechtsanspruchs ist knapp. Bereits ab 2026 haben alle Erstklässler Anspruch auf einen Ganztagsplatz an einer Grundschule in erreichbarer Nähe – doch dafür fehlen in Hessen noch tausende Plätze und pädagogische Vollzeitstellen“, stellte Christoph Degen in seiner Rede vor dem Hessischen Landtag klar. Die Realisierung des Rechtsanspruchs sei kein Selbstläufer und Grundschulen mit einem Betreuungsumfang von acht Stunden an fünf Tagen seien aktuell eine Rarität, vor allem im ländlichen Raum. „Wenn Erstklässler schon um 13 Uhr hungrig vor der Türe stehen, ist es für Eltern schwierig, einer Berufstätigkeit nachzugehen. Wir

gehen davon aus, dass mit dem Rechtsanspruch mehr Kinder und Eltern den Ganztag nutzen werden. Das ist auch gut, weil der Rechtsanspruch zu mehr Chancengleichheit führen wird und Kinder mit Bildungsbenachteiligung von der individuellen Förderung profitieren werden.“ Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion betonte, dass Bildung und Inklusion nicht am Vormittag enden dürften und die Angebote auch am Nachmittag für alle Schülerinnen und Schüler und überall zur Verfügung stehen müssten. „Der Rechtsanspruch muss in jedem Stadtteil und jedem Dorf sichergestellt werden.“ Neben Personal und Räumlichkeiten sei



dazu auch die Kooperation mit außerschulischen Partnern erforderlich, die Kosten müssten von Land, Bund und Kommunen gemeinsam gestemmt werden. Er forderte die Landesregierung daher auf, die Verantwortung zu übernehmen und sich jetzt mit Schul- und Kitaträgern an einen Tisch zu setzen um offene Fragen rund um Platzbedarf und Standards zu klären.

NACHZAHLUNG FÜR BEAMTE JETZT!

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP



Ende November 2021 hatte der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) festgestellt, dass die Besoldungspraxis für die Beamtinnen und Beamten des Landes verfassungswidrig gewesen sei, da bei den Besoldungen bis zur Gruppe A10 bzw. A11 nicht der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestabstand von 15 Prozent zur Grundsicherung für Arbeitssuchende eingehalten wurde. Der VGH hat das Verfahren an das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) weitergeleitet, da nur dieses die Verfassungswidrigkeit der hessischen Beamtenbesoldung formal feststellen kann. Doch schon jetzt, so der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Günther Rudolph, müsse die Landesregierung schnell sicherstellen, dass die hessischen Beamtinnen und Beamten verfassungsgemäß besoldet würden. „Aber statt das Offensichtlich zu akzeptieren – nämlich, dass die Besoldung für einen namhaften Teil der Beamtinnen und Beamten des Landes jahrelang verfassungswidrig war – spielt die Landesregierung auf Zeit und will nun erst das in zwei bis drei Jahren erwartete Urteil des Bundesverfassungsgerichtes abwarten. Diese Hinhaltepolitik ist unsäglich. Es manifestiert

sich eine mangelnde Wertschätzung für die hessischen Beamtinnen und Beamten seitens der schwarzgrünen Landesregierung.“

KEIN QUANTENSPRUNG

In der Debatte zum Hessischen Hochschulpaket sagte Dr. Daniela Sommer, hochschulpolitische Sprecherin und Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion: „Mit der Verstetigung der Mittel war und ist die Erwartung verbunden, dass die Hochschulen einen nennenswerten Teil der bislang befristet beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dauerhaft anstellen.“ Um alle Zielvereinbarungen des Hochschulpakts zu konkretisieren, seien jedoch nach wie vor nicht alle Anforderungen erfüllt. Es fehlten standardisierte Berichtswesen, eine einheitliche Berechnung des Personalbedarfs und der Betreuungsrelationen sowie ein Rücklagenmanagement zur Verwendung der Mittel.



SCHWARZGRÜN WIRD VERANTWORTUNG NICHT GERECHT

„Die Messe Frankfurt ist der wichtigste Messestandort Deutschlands und damit von überragender wirtschaftlicher Bedeutung für Hessen“, betonte Tobias Eckert in der



von der FDP-Fraktion beantragten Debatte. „Für einen Neustart braucht die Messe erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, weswegen die SPD-Fraktion es begrüßt, dass sie in den für sie schwierigen Zeiten auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet hat. Allerdings darf sich die Landesregierung, insbesondere Wirtschaftsminister Al-Wazir nicht darauf beschränken, der Messengesellschaft Geld zu geben.“ Die SPD-Fraktion erwarte von Minister Al-Wazir, dass er alles daransetzt, wieder große, gewichtige Messen nach Frankfurt zu holen und das Geschäft gemeinsam mit der Messe Frankfurt neu zu beleben.

VERZÖGERUNG BEENDEN

„Die Bearbeitung der beim Regierungspräsidium Darmstadt anhängigen Einbürgerungsanträge nimmt noch immer zu viel Zeit in Anspruch. Für die Antragsstellerinnen und Antragssteller ist diese Ungewissheit zermürbend“, sagte die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Heike Hofmann. „Innenminister Beuth hat auch im Innenausschuss immer wieder berichtet, dass es im RP Darmstadt durch eine Prioritätenverlagerung hin zur Bearbeitung von coronabedingten Entschädigungszahlungen zu Bearbeitungsrückständen gekommen ist. Auch wenn dies in der Sache verständlich sein mag, entbindet es nicht von der Pflicht, auch angemessen zu handeln – durch mehr Personal an den entscheidenden Stellen.“



MEHR FLEXIBILITÄT FÜR BEAMTE

TEILZEITBESCHÄFTIGUNG



In der Debatte zu einem Gesetzesentwurf der SPD-Fraktion, der Beamtinnen und Beamten die Teilzeitbeschäftigung aus familiären Gründen erleichtern soll, sagte die SPD-Abgeordnete Karin Hartmann: „In Hessen gilt, dass Beamtinnen und Beamte in Teilzeit mindestens 15 Stunden pro Woche arbeiten müssen. Das stellt für Personen mit pflegebedürftigen Angehörigen oftmals ein Problem dar, denn

die häusliche Pflegearbeit lässt in vielen Fällen 15 Dienststunden im Büro nicht zu.“ Den Gesetzesentwurf sowie einen Kompromiss, nach dem von den 15 Mindestwochenstunden wenigstens die Hälfte der Arbeitszeit über mobiles Arbeiten erbracht werden sollte, lehnten die Regierungsfaktionen jedoch ab. Ob

die Beamtinnen und Beamten in die Lage versetzt werden, häusliche Pflegearbeit und Beruf zu vereinbaren, darf keine Gnadenentscheidung des Dienstherrn sein. Wir wollen eine gesetzliche Regelung, die den Anspruch auf Reduzierung und Flexibilisierung der Arbeitszeit klar regelt und die einer kleinen Zahl an Beamtinnen und Beamten des Landes große Sorgen erleichtern könnte.

WASSER IST UNSERE LEBENSGRUNDLAGE



„Wir brauchen eine Kehrtwende in der Wassernutzung, klare Rahmenbedingungen bei Wasserverbrauch und -entnahme und müssen uns entsprechend neu aufstellen“, so der Abgeordnete Florian Schneider. Gerade in Hessen sei dringender Handlungsbedarf enorm wichtig, doch die Landesregierung stehe auf der Bremse. Schneider fordere erneut die Einführung der Wasserentnahmeabgabe, die von der Landesregierung in den jüngsten Haushaltsdebatten vehement abgelehnt worden sei. Nur so könne die Reduzierung bei der Entnahme von Trinkwasser in der Industrie hin zur Verwendung von Betriebs- bzw. Brauchwasser gefördert werden.

RECHTLICHE HANDHABE GEGEN DISKRIMINIERUNG

ANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZ



„Gesetzliche Lücken im Antidiskriminierungsrecht müssen dringend geschlossen werden, denn die Zahl der Beschwerden und Anfragen an

die Antidiskriminierungsberatungen steigt stetig an“, sagte der integrationspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Turgut Yüksel, in der Debatte im Hessischen Landtag. In ein modernes Antidiskriminierungsgesetz gehöre die Einrichtung einer Ombudsstelle, die Betroffene berät, in Streitfällen vermittelt so

wie von allen involvierten Behörden Auskunft zu den gemachten Vorwürfen geliefert bekommen muss. Die Klagefrist für Betroffene

von Diskriminierung müsse zudem auf ein Jahr verlängert werden. Ein Verbandsklagerecht diene dazu, dass Betroffene nicht selbst klagen müssen, sondern Verbände Klagen für sie übernehmen dürfen. „Ein Hessisches Antidiskriminierungsgesetz muss Chancengleichheit fördern, die gesamte öffentliche Verwaltung binden und vor allem bei Verstößen Sanktionen vorsehen“, forderte der Integrationspolitiker. Anstatt jedoch endlich die Reform des Gesetzes auf den Weg zu bringen, gebe die Landesregierung nun schon seit Jahren vor, das Gesetz zu prüfen.

RENTE FÜR BESSERVERDIENENDE

In der Plenardebatte haben die Regierungsfraktionen von CDU und Grünen das Altersvorsorgemodell für Besserverdienende, die sogenannte „Deutschlandrente“, wieder aufgewärmt. Die seniorenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Ulrike Alex: „Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kritisieren daran im Wesentlichen drei Punkte: Zum einen sei es vielen Menschen nicht möglich, in Zeiten hoher Mieten, steigender Energie- und hoher Mobilitätskosten, zusätzlich in eine Rente zu investieren. Zum anderen ist – im Gegensatz zur gesetzlichen – diese Rente allein Arbeitnehmersache, die Arbeitgeber müssen hier nichts leisten. Darüber hinaus scheint es



uns als zu kurz gegriffen, künftige Rentenprobleme monokausal auf den demografischen Wandel zu beziehen.“ Vielmehr spielten für künftige Einnahmen der Rentenkasse auch andere Parameter eine Rolle, so Alex. So sei der Mindestlohn weiterzuentwickeln und Arbeitsschutz und -anforderungen sowie die gesundheitliche Versorgung seien so zu gestalten, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch bis zum Ende ihrer Arbeitsphase arbeiten können. Langzeitarbeitslosigkeit müsse bekämpft werden und den Familien müsse ein Betreuungssystem zur Verfügung stehen, welches Berufstätigkeit auch mit Kindern oder zu pflegenden Angehörigen erlaube.

SCHWÄCHUNG DES JUSTIZSYSTEMS

Die Sprecherin der SPD-Fraktion für den Justizvollzug, Tanja Hartdegen, hat den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Zusammenlegung der Gerichtshilfe und Bewährungshilfe scharf kritisiert. „Gerichtshilfe und Bewährungshilfe haben verschiedene Arbeitsansätze und Aufgabengebiete: Während die bei der Staatsanwaltschaft angesiedelte Gerichtshilfe die Strafjustiz bei der Ermittlung der Verhältnisse des Täters unterstützt, leistet die Bewährungshilfe betreuende Tätigkeiten im Rahmen der Resozialisierung der Verurteilten. Diese Tätigkeitsfelder einfach zusammenzulegen, kann durchaus zu Interessenkonflikten führen.“ Zudem führe der Regierungsentwurf mithin zu einer räumlichen Trennung von Gerichtshilfe und Staatsanwaltschaften, die schon in den Pilotprojekten nicht funktioniert habe. „In der Konsequenz stellt dies eine eklatante Schwächung unseres Justizsystems dar“, so Hartdegen.



BERICHT DES PETITIONSAUSSCHUSSES



In insgesamt 1.101 Petitionen haben sich Bürgerinnen und Bürger im vergangenen Jahr an den Petitionsausschuss des Hessischen Landtags gewendet. Der Tätigkeitsbericht des Ausschusses für das Jahr 2021 wurde diese Woche im Rahmen der Plenarsitzungen

von Oliver Ulloth vorgestellt. Der SPD-Abgeordnete ist seit Anfang des Jahres Vorsitzender des Petitionsausschusses. Der Tätigkeitsbericht 2021 ist online verfügbar und kann [hier](#) eingesehen werden.

IMPRESSUM:

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

REDAKTION:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Cord Wilke,
Martina Häusl-David,
Luisa Neurath,
Christina Schäfer.

BILDER:

Angelika Aschenbach, Stefan Krutsch.